

Israel hat Kriege gewonnen, nie Sicherheit

Jerusalems Lateinischer Patriarch Fuad Twal über einen christlichen Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt **VON OLIVER MAKSAN**

Seligkeit, Ihre Amtszeit nähert sich dem Ende. Gleichzeitig scheint der politische Konflikt im Heiligen Land weiter von einer Lösung entfernt denn je. Scheiden Sie pessimistisch aus dem Amt?

Nein. Wir Christen müssen hoffen, wo keine Hoffnung ist. Ich verliere deshalb nicht den Glauben an Frieden und Gerechtigkeit. Menschlich gesprochen ist das natürlich möglich und angesichts der Lage naheliegend. Aber wir Christen haben ja noch einen anderen Rückhalt im Glauben an den Herrn. Jesus hat vor uns in Jerusalem geweint, er ist vor uns hier unter der Last des Kreuzes gefallen. Wenn wir seinen Spuren folgen, werden auch wir weinen und zu Boden gehen. Aber aufgeben brauchen wir deshalb nicht. Wir haben die Verheißung des Herrn, dass er bei uns ist alle Tage. Auf sein Wort hin machen wir weiter und setzen uns für Frieden und Gerechtigkeit ein. Wann es eine Lösung geben wird, weiß ich natürlich nicht. Wenn Sie mich aber fragen, ob ich an eine Lösung noch während meiner Amtszeit glaube, dann natürlich nicht. Ich werde nicht mehr lange im Amt sein. Ich hoffe aber, dass mein Nachfolger das erleben wird.

Sie plädieren damit für die Zwei-Staaten-Lösung?

Ich plädiere für eine Lösung. Es hängt von Israel ab, ob es eine Zwei-Staaten- oder eine Ein-Staaten-Lösung geben wird. So kann es jedenfalls nicht endlos weitergehen. Wir müssen den Konflikt lösen und nicht managen. Das aber ist der Status quo. Man kann nicht mit der Besetzung fortfahren und gleichzeitig von den Palästinensern verlangen, sich still zu verhalten. Besetzung ist für beide Seiten schlecht, sowohl für Israelis als auch Palästinenser. Der Friede wiederum ist ein so kostbares Gut, dass beide Seiten Zugeständnisse machen müssen. Es kann keinen Frieden für ein Volk geben, ohne dass das andere Volk in Frieden leben kann. Wenn ich als Christ aber von Frieden spreche, dann meine ich einen echten Frieden, den, der aus Gerechtigkeit erwächst. Hinzu kommt, dass er Vergebung braucht. Wir sind im Jahr der Barmherzigkeit. Mir scheint, dass dieser Aspekt zu kurz kommt. Wenn die Politiker miteinander reden, dann fehlt die menschliche Dimension des Konflikts. All die Kinder, Frauen, alten Menschen, die in diesem Konflikt leiden



Fordert Europa zu mehr Einsatz auf, was den israelisch-palästinensischen Konflikt betrifft: Jerusalems Lateinischer Patriarch Twal. Foto: dpa

müssen: Wer denkt an sie? Das aber sind diejenigen, die auf beiden Seiten den Preis bezahlen.

Israel argumentiert, dass es um seine Sicherheit kämpft gegen Terroristen. Dutzende Israelis sind allein in den letzten Monaten von Palästinensern getötet worden.

Schauen Sie, Israel hat seit seiner Gründung viele Kriege geführt und sie alle gewonnen. Eins aber hat Israel nie gewonnen: Sicherheit. Die Palästinenser wiederum haben viele Intifadas begonnen und dabei viele Söhne und Töchter verloren. Das ist auf beiden Seiten so. Beide aber machen weiter wie bisher. Das Ergebnis aber ist nur mehr Hass und mehr Tote. Wir können so nicht weitermachen. Auch Mauern werden das Problem nicht lösen. Es ist lächerlich zu glauben, dass Mauern, wie sie zwischen Israel und Palästina gebaut werden, Schutz bieten können. Über 1,6 Millionen Palästinenser leben in Israel selbst. Und die meisten Vorfälle der Gewalt der letzten Zeit fanden im Herzen Jerusalems diesseits der Mauer statt. Die Mauern haben also keinen einzigen israelischen Bürger geschützt. Wir brauchen Gerechtigkeit, um Sicherheit zu haben. Die Suche nach Sicherheit kann auch eine Obsession werden, in deren Namen alle Ungerechtigkeiten und jede sofortige Anwendung von Gewalt gerechtfertigt wird.

tige Anwendung von Gewalt gerechtfertigt wird.

Die Fronten sind festgefahren. Wie soll Bewegung in den Friedensprozess kommen?

Länder wie Deutschland und Großbritannien haben eine wichtige Rolle. Es ist edel, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aus dem Nahen Osten aufgenommen hat. Aber die europäischen Länder müssen mutiger sein, was den israelisch-palästinensischen Konflikt anlangt. Natürlich muss man hier klug vorgehen. Aber dennoch haben Deutschland und Großbritannien als die Länder, die auf ihre Weise für die Entstehung Israels verantwortlich sind, eine besondere Verantwortung. Sie müssen mutiger sein und die Dinge beim Namen nennen. Israel respektiert weder die verschiedenen internationalen Resolutionen zum Konflikt, zu den Siedlungen und Grenzen, noch den Heiligen Stuhl und die Internationale Gemeinschaft, die für eine Zwei-Staaten-Lösung mit klaren und sicheren Grenzen eintreten.

Frankreich will jetzt eine internationale Konferenz einberufen, um den Stillstand zwischen den Parteien zu überwinden.

Ja, das ist sehr begrüßenswert. Ich hoffe sehr, dass Frankreich den Mut haben wird,

das Unrecht beim Namen zu nennen. Wir verurteilen Gewalt und Terrorismus, die von Palästinensern begangen wird. Wir verurteilen umgekehrt aber auch den exzessiven Gebrauch von Gewalt von Israel gegen Palästinenser. Wir verurteilen die Ungerechtigkeiten. Etwa die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Palästinensern oder die Landenteignungen. Davon sind im Cremisantal bei Bethlehem ja auch wir Christen unmittelbar betroffen. Wir dachten, wir hätten im vergangenen Jahr vor Israels Oberstem Gericht einen großen Sieg errungen. Aber wir haben uns getäuscht. Die Mauer wird gebaut, nicht zuletzt, weil die katholische Kirche im vergangenen Jahr ein Abkommen mit dem Staat Palästina geschlossen hat. Das war die Reaktion darauf.

Welche Rolle können die Christen des Heiligen Landes letztlich spielen? Weder in Israel noch Palästina machen sie mehr als zwei Prozent der Bevölkerung aus.

Wir Christen leben hier und wissen, wovon wir sprechen. Wir versuchen, mit allen Seiten im Gespräch zu sein und gute Beziehungen zu haben. Natürlich, wir sind wenige. Wir haben kein Geld oder Militär. Aber wir leisten einen wichtigen Beitrag zum Zusammenleben im Heiligen Land. Wir Christen und die Kirchen können durch

unsere Einrichtungen wie Schulen oder Krankenhäuser Brücken bauen und Mauern einreißen. Die Mehrzahl der Menschen, die diese Einrichtungen besuchen, sind ja keine Christen, sondern Moslems. Wir müssen bei der Erziehung ansetzen. Das scheint mir ein Schlüssel zur Lösung des Konflikts zu sein.

Wie meinen Sie das?

Fanatismus gibt es auf beiden Seiten. Bei Juden wie Moslems. Der Andere wird als der Feind präsentiert. Vor einigen Jahren wurde hier in Jerusalem ein interreligiöses Projekt begonnen, das die Lehrmaterialien von Juden und Moslems untersuchte. Das amerikanische Generalkonsulat hat diese große Untersuchung bezahlt. Fachleute aller Religionen waren beteiligt. Für unsere christlichen Katechismen hat man sich gar nicht interessiert. Ihr lehrt und predigt ohnehin nur Nächstenliebe, hieß es. Da gibt es keine Probleme. In den anderen Büchern schon. Die Ergebnisse waren so gravierend, auch auf jüdischer Seite, dass sich das israelische Chefratibinat geweigert hat, der Veröffentlichung der Ergebnisse zuzustimmen. Die Bücher reflektieren die Situation, die Situation reflektiert die Bücher. Das ist ein Teufelskreis, aus dem wir nur durch eine Erziehung zum Respekt vor dem Anderen ausbrechen können. Alle Bemühungen um Frieden von religiösen oder politischen Führern laufen ins Leere, solange wir unsere Kinder nicht anders erziehen.

Ist der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern letztlich einer zwischen Juden und Moslems und damit vielleicht gar nicht lösbar?

Nein, das halte ich für falsch. Wir haben in der Vergangenheit ja auch zusammengelebt. Aber natürlich gibt es eine religiöse Dimension. Aber sie hilft den Konflikt zu lösen.

Was meinen Sie?

Schauen Sie, Jerusalem gehört niemandem, nicht Juden, nicht Christen, nicht Moslems. Aber alle gehören Jerusalem. Das ist entscheidend. Eines Tages werden die Politiker, aber auch Israelis und Palästinenser hoffentlich einsehen, dass das Heilige Land eine besondere, von Gott stammende Berufung hat, die Menschen zu vereinen und zusammenzuführen, nicht sie zu trennen.

Das Naturrecht in Zeiten des ethischen Pluralismus

Zu der Tagung „Naturrecht und/oder Pluralismus“ der Joseph-Höffner-Gesellschaft in Königswinter **VON STEFAN HARTMANN**

In seinem berühmten Gespräch mit dem Philosophen Jürgen Habermas im Januar 2004 kam Joseph Kardinal Ratzinger auf das Naturrechtsdenken als mögliche vernünftige Vermittlungsinstanz zum säkularen Rechtsverständnis einer pluralistischen Gesellschaft zu sprechen, bemerkte aber sogleich, dass dieses Instrument „leider stumpf geworden“ sei: „Die Idee des Naturrechts setzte einen Begriff von Natur voraus, in dem Natur und Vernunft ineinander greifen, die Natur selbst vernünftig ist. Diese Vision von Natur ist mit dem Sieg der Evolutionstheorie zu Bruche gegangen.“ Dennoch trug der damalige Präfekt der Glaubenskongregation kurz vor seiner Wahl zum Papst in einem Brief einigen theologischen Fakultäten den Wunsch vor, „in der gegenwärtigen Stunde der Geschichte einen gemeinsamen Nenner ethischer Prinzipien zu finden, die von allen angenommen werden, in der Natur des Menschen und der Gesellschaft verankert sind und wesentliche Kriterien bieten, um in Grundfragen bezüglich der Rechte und Pflichten des Menschen Gesetze erlassen zu können“. Das Anliegen ist also nicht rein theoretisch, sondern hat einen eminent praktischen Bezug. In seiner bedeutenden Rede vor dem Deutschen Bundestag im September 2011 verteidigte Papst Benedikt XVI. mit Bezug auf Wolfgang Waldstein und den Widerstand gegen das Nazi-Regime das Naturrechtsdenken ausdrücklich gegen den wertneutralen Rechtspositivismus.

Auf Initiative der Joseph-Höffner-Gesellschaft, die bei der Gelegenheit auch den Joseph-Höffner-Preis an den katholischen Sozialethiker Wolfgang Ockenfels verlieh

(siehe dazu den Artikel von Stefan Rehder, DT vom 24. Mai), trafen sich im Arbeitnehmer Zentrum Königswinter (AZK) mehrere Wissenschaftler und Referenten zu einer Fachtagung über das Verständnis und die Vermittelbarkeit des Naturrechts in einer Zeit des zunehmenden ethischen Pluralismus. Organisation und Moderation lag in den Händen der jungen Professoren Elmar Nass (Wilhelm Löhe-Hochschule, Fürth) und Christian Müller (Institut für Ökonomische Bildung, Universität Münster).

Den Auftakt machte der St. Pöltener Ethiker und Moraltheologe Josef Spindelböck, Mitglied der Wiener Johannes-Messner-Gesellschaft, mit aus der Sicht des christlichen Glaubens grundsätzlichen Bemerkungen zum Zusammenhang von Naturrecht, Heiliger Schrift und göttlicher Offenbarung. Thomas von Aquins Gesetzesverständnis und Messners Naturrechtslehre sind ihm Richtschnur. Gegen die Willkür der Herrschenden, auch wenn sie eine demokratische Mehrheit besitzen, sind positive Gesetze am Naturrecht und am Gewissen (syneidesis) auszurichten. Die „existenziellen Zwecke“ des Menschseins verwirklichen sich nur mit der Tugend der Klugheit und im Befolgen des Liebesgebotes. Der Vorsitzende der Joseph-Höffner-Gesellschaft, der Bonner Sozialethiker Lothar Roos, verbindet das Naturrecht mit Artikel 1 des Grundgesetzes von der unveräußerlichen Würde des Menschen. Es sei leichter zu sagen, was gegen das Naturrecht verstößt, als was ihm entspricht. Hinter ihm steht aber die ethische Weisheit der Menschheit (von C. S. Lewis das „Tao“ genannt) und der Plan Gottes mit dem ihm ebenbildlichen Menschen. Der promovier-

te evangelisch-lutherische Pfarrer Jürgen Henkel (Selb) beleuchtet das Naturrecht aus der Sicht von Reformation und Orthodoxie. Er beklagt das Abdriften der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von der Schriftgemäßheit in der Familien- und Lebensethik, insbesondere durch die liturgisch-rechtliche Anerkennung sogenannter „Homo-Ehen“ (sogar im Pfarrhaus). Lutherische Kirchen in anderen Ländern und Kontinenten schließen sich diesem Liberalismus meist nicht an. Oft wird kontrovers-theologisch die Gesetzeskritik Luthers entgegen der für die evangelische Kirche maßgebliche Konkordienformel von 1577 übertrieben dargestellt. Auch in der Orthodoxie wird von einem „ewigen Gesetz Gottes“ und vom Herz als Organ des Gewissens nach Röm 2, 12–16 gesprochen.

Nach den Grundfragen befasste sich ein zweiter Block der Veranstaltung mit der Wahrnehmung und vernünftigen Vermittlung von Naturrechtsgedanken außerhalb christlich-theologischer Systematik. Der Vallendarer Islam- und Religionswissenschaftler Günter Riße, Schüler von Hans Waldenfels, betont zunächst die Uneinheitlichkeit des Islam, der in den verschiedenen Ländern und Völkern jeweils sehr unterschiedliche Ausprägungen gefunden hat. Während das Christentum eine Menschwerdung/Inkarnation Gottes zum Zentrum hat, besteht der Islam auf einer Buchwerdung/Inlibration. Hauptproblem ist der Scharia-Vorbehalt, der den allgemeinen Natur- und Menschenrechten entgegensteht. Staat und Religion fallen im Islam zusammen. Die muslimischen Heirats- und Eherechte diskriminieren Frauen bis heute. Eine bloß liberale Theologie des Islam greift

zu kurz, um eine Versöhnung von Tradition und Moderne zu bewirken.

Die Anschlussfähigkeit des Naturrechtsdenkens ist Thema des Münsteraner Wirtschaftswissenschaftlers Christian Müller. Er wählt den von Alasdair MacIntyre übernommenen Begriff des „Narrativ“, um an naturrechtliche Implikationen des Alltagslebens zu stoßen. Danach ist der Mensch ein soziales Wesen und ein Geschichtenerzähler, der in einem Narrativ verpflichtend mit seiner Umwelt und seinen Mitmenschen verbunden ist. Der Kommunitarist Michael Sendel hat Ähnliches in seinem bekannten Buch „Was man nicht für Geld kaufen kann“ umschrieben. Mitorganisator Elmar Nass (Fürth) fokussiert seine Überlegungen zum Naturrecht in der Sozialphilosophie auf den Inder Amartya Sen und die Amerikanerin Martha Nussbaum, die er einem neu-aristotelischem Essentialismus zuordnet. Giuseppe Franco (Eichstätt), Träger des Max-Weber-Preises der deutschen Wirtschaft, referierte zum Thema „Naturrecht und Erkenntnistheorie“ mit besonderer Rücksicht auf den kritischen Rationalismus Karl Poppers. Danach muss sich auch das Naturrecht, wie schon Arthur F. Utz in einem Thomas-Kommentar bemerkte, als veränderbar, flexibel und falsifizierbar erweisen.

Den Schlussteil der Tagung bildeten praktische Überlegungen zur Anwendung des Naturrechts. Nils Goldschmidt von der Universität Siegen, Mitglied der Görres-Gesellschaft und Vorsitzender der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“, sieht in der am Naturrecht ausgerichteten Ordnungsethik der sozialen Marktwirtschaft, wie sie etwa von Walter Eucken und Alfred

Müller-Armack entworfen wurde, die Grundlage einer sozial gerechten Gesellschaft und verlässlichen Rechtstaatlichkeit. Martin Kamp, ehemals Hauptgeschäftsführer der CDA (Christlich-Demokratische Arbeitnehmer) und seit kurzem bei der IG-Metall in Berlin, befasste sich nicht nur mit Umverteilung, sondern betonte das Ganzheitliche einer am Christlichen und am Naturrecht orientierten Sozialpolitik. Die Prinzipien des Gemeinwohls, der Solidarität und der Subsidiarität seien dabei handlungsführend. Nicht Alimentation, sondern Hilfe zur Selbstsorge sei der rechte Umgang mit den sozial Schwächeren. Ein sogenanntes „bedingungsloses Grundeinkommen“ negiere die Eigenverantwortlichkeit. Der Trierer Kirchenrechtler Christoph Ohly konnte abschließend in lockerer Form klare Essentials aufweisen: Eherecht, Lebensrecht und Religionsfreiheit als naturrechtliche Vorgaben haben im katholischen Kirchenrecht, das sich auch am Offenbarungsrecht zu orientieren hat, ihren zu regelnden Ort.

Zwischen den Themenblöcken gab es intensive Diskussionen zwischen Referenten und Auditorium. Eine moderne und nicht dem „mainstream“ folgende Standortbestimmung des Naturrechtsdenkens und seiner heutigen Kommunizierbarkeit ist der von Karsten Matthis (CSP) und Philipp M. Laufenberg (BKU) professionell organisierten interdisziplinären Fachtagung sehr gut gelungen. Konsens der Teilnehmer war, dass ohne eine individuelle Tugendethik auch die soziale Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft auf Dauer nicht gelingen kann.